

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2026: Energiepreisschock dämpft Erholung - Strukturreformen drängender denn je

1.4.2026 - | Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Die Wirtschaftsforschungsinstitute der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose haben am 31. März ihr Frühjahrsgutachten mit dem Titel „Energiepreisschock überlagert Fiskalimpuls - Wachstumskräfte versiegen“ vorgestellt.

Die aktuelle konjunkturelle Lage sei demnach von einem kräftigen Energiepreisschock geprägt. Die beteiligten Institute sehen die deutsche Wirtschaft in einer tiefgreifenden Krise und korrigieren vor diesem Hintergrund ihre Prognose vom Herbst erneut deutlich nach unten. Für das Jahr 2026 rechnen sie mit einem Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,6 Prozent. Für das Jahr 2027 gehen sie von einem Zuwachs von 0,9 Prozent aus. Im Vergleich zum Herbstgutachten 2025 bedeutet dies eine Abwärtsrevision um 0,6 Prozentpunkte für das laufende und 0,4 Prozentpunkte für das kommende Jahr. Die Inflationsrate steigt nach Einschätzung der Institute auf 2,8 Prozent im Jahr 2026 und 2,9 Prozent im Jahr 2027, maßgeblich getrieben durch den Energiepreisschock infolge des Iran-Krieges.

Die Bundeswirtschaftsministerin für Wirtschaft und Energie, Katherina Reiche: „Die Botschaft der Frühjahrsdiagnose der Forschungsinstitute ist eindeutig: Der Konflikt im Nahen Osten erhöht den Druck auf die deutsche Politik, Strukturreformen konsequent anzugehen. Die Wachstumsaussichten sind deutlich schwächer als noch zuvor erwartet. Umso wichtiger ist es jetzt, strukturelle Defizite nicht länger aufzuschieben, sondern entschlossen zu handeln und die Grundlage für künftiges Wachstum zu stärken. Es ist jetzt die Zeit, sich auf mutige Reformen zu einigen. Nutzen wir sie.“

Der militärische Konflikt im Persischen Golf hat nach der Analyse der Institute mit der Straße von Hormus einen der zentralen Transportkorridore der globalen Energieversorgung weitgehend blockiert und zu einem deutlichen Anstieg der Öl- und Gaspreise geführt. Dieser Schock treffe die deutsche Wirtschaft in einer Phase, in der nach einem mehrjährigen Abschwung gerade erst eine binnenwirtschaftlich getragene Erholung eingesetzt hatte.

Die Gründe für die wirtschaftliche Schwäche seien weiterhin nicht nur konjunktureller, sondern auch struktureller Natur. Die Institute stellen folgende belastende Faktoren heraus: Die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Industrie habe weiter abgenommen, die fortbestehenden handelspolitischen Belastungen durch die US-Zollpolitik drückten auf die Ausfuhren, und die energieintensiven Industrien geraten erneut unter Druck. Hinzukomme eine rückläufige Erwerbsbevölkerung, ein nur schwacher Produktivitätszuwachs und ein hohes Maß an bürokratischem Aufwand. Das Potenzialwachstum komme nach Einschätzung der Institute mittelfristig zum Erliegen und dürfte bis Ende des Jahrzehnts stagnieren.

Der expansive Kurs der Finanzpolitik – insbesondere die kräftige Ausweitung der Neuverschuldung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz über die Sondervermögen – stütze die Konjunktur und komme vor allem Unternehmen der Verteidigungsindustrie und des Tiefbaus zugute. Dadurch erhöhe sich allerdings der Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte auf 3,7 Prozent des BIP im Jahr 2026 und 4,2 Prozent im Jahr 2027, der Bruttoschuldenstand steige auf 67,2 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die Gemeinschaftsdiagnose betont, dass flankierende angebotsseitige Reformen

zur Stärkung der Produktivität dringend notwendig sind. Hierzu zählen: die sozialen Sicherungssysteme demografiefest aufzustellen, bessere Anreize für eine Ausweitung des Arbeitsangebots zu setzen, bei der Energiepolitik verstärkt auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu achten und eine umfangreiche Entlastung von Bürokratie vorzunehmen. Zudem empfiehlt die Gemeinschaftsdiagnose, Preissignale auch in Energiekrisen wirken zu lassen und die Wirtschaftspolitik stärker auf Marktmechanismen auszurichten.

Die Bundesministerin für Wirtschaft und Energie wird die Frühjahrsprojektion der Bundesregierung am 22. April vorlegen.

<https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2026/04/20260401-gemeinschaftsdiagnose-fruehjahr-2026-energiepreisschock-daempft-erholung-strukturen-draengender-denn-je.html>